

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

35. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 30. Juli 1982	Nummer 61
--------------	---	-----------

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
2. 7. 1982	Finanzminister RdErl. – Abschlagszahlung auf die zu erwartende Anpassung der Dienst-, Versorgungs- und Anwärter- bezüge	1270

II.

**Abschlagszahlung
auf die zu erwartende Anpassung der Dienst-,
Versorgungs- und Anwärterbezüge**

RdErl. d. Finanzministers v. 2. 7. 1982 –
B 2100 – 84 – IV A 2

Der Bund bereitet zur Zeit ein Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1982 vor (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982 – BBVAnpG 82). Nach dem Gesetzentwurf sollen

- a) die Grundgehälter, Amtszulagen und Ortszuschläge mit Wirkung vom 1. August 1982 um 3,6 v. H. erhöht werden,
- b) die Anwärterbezüge mit Wirkung vom 1. Juni 1982 entsprechend erhöht werden,
- c) die Empfänger von Dienst-, Amts- oder Versorgungsbezügen eine einmalige Zahlung erhalten,
- d) die Vorschriften des 2. Haushaltstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523) über die Kürzungen des Ortszuschlags (§ 41 a BBesG) bzw. der ruhegehaltfähigen Beträge von Stellenzulagen (Anlage IX – Fußnote 1 zu den Nummern 23 bis 30 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) und der Anwärterbezüge (Fußnote 1 zu Tabelle 1 der Anlage VIII des BBesG) rückwirkend vom 1. März 1982 an aufgehoben werden.

Auf Grund des Vermerks zu Kapitel 14020 Titel 481 10 Ziff. 2 des Landeshaushalts 1982 ist der Finanzminister ermächtigt, entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbezüge zu leisten. Zur Durchführung der Abschlagszahlungen bitte ich, folgendes zu beachten:

1 Allgemeines

Die erhöhten Bezüge sind den Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern möglichst bereits für den Monat August 1982 zu zahlen. Den Anwärtern sind für die Monate Juni und Juli 1982 entsprechende Nachzahlungen zu leisten. Die Zahlungen werden unter dem Vorbehalt einer späteren gesetzlichen Regelung geleistet; der Vorbehalt bezieht sich auf die Mehrbeträge, die sich gegenüber den nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu zahlenden Beträgen ergeben.

Hinsichtlich der für die Zeit vom 1. März 1982 bis zum 31. Juli 1982 entsprechend meinem Runderlaß vom 9. 3. 1982 (MBI. NW. S. 720) geleisteten Abschlagsauszahlungen in Höhe der Kürzungsbeträge nach dem 2. Haushaltstrukturgesetz bleibt der Vorbehalt gemäß Ziff. 4 des vorbezeichneten Runderlasses bis zum Inkrafttreten des BBVAnpG 82 bestehen.

2 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Dienstbezüge

- 2.1 Die Sätze der Grundgehälter der Besoldungsordnungen A, B, C und R werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 1 ersetzt. An die Stelle der bisherigen Grundgehälter der Besoldungsordnung H sowie der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt treten ebenfalls die Beträge der Anlage 1. Soweit Hochschullehrer auf Grund der Vorbemerkungen zur Besoldungsordnung H noch Sondergrundgehälter oder Zuschüsse zum Grundgehalt erhalten, werden diese um 3,6 v. H. erhöht. Bruchteile von Pfennigen werden auf volle Pfennige aufgerundet.
- 2.2 Die Sätze der Amtszulagen der Bundesbesoldungsordnungen A und R, der Besoldungsordnung H und der Landesbesoldungsordnung A (Anlage 1 in Verbindung mit Anlage 2 des LBesG) werden um 3,6 v. H. erhöht. Die Beträge der Amtszulagen sind in der Anlage 3 ausgewiesen.
- 2.3 Zuschüsse zum Grundgehalt nach Nummer 1 und 2 der Vorbemerkungen zur Bundesbesoldungsordnung C werden, soweit sie in festen Beträgen festgesetzt sind, um 3,6 v. H. erhöht. Nummer 2.1 Satz 4 gilt entsprechend.

Anlage 1

- 2.4 Die Sätze der Ortszuschläge werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 2 ersetzt.

Anlage 2

- 2.5 Bei Überleitungs- und Ausgleichszulagen ist wie folgt zu verfahren:
 - 2.51 Ausgleichszulagen nach Artikel V § 4 AnpGNW-2.BesVNG nehmen in der sich am 1. August 1982 ergebenden Höhe an der Erhöhung um 3,6 v. H. teil. Nummer 2.1 Satz 4 gilt entsprechend.
 - 2.52 Überleitungszulagen nach Artikel IX § 11 des 2. BesVNG, nach Artikel V § 3 Abs. 1 des AnpGNW-2.BesVNG, nach Artikel III Abs. 1 des 2. AnpGNW-2.BesVNG oder nach Artikel II des ÄndLBesG nehmen an der Erhöhung um 3,6 v. H. teil, sofern sie für die Verminderung des Grundgehalts oder des Ortszuschlags oder für den Wegfall oder die Verminderung einer Amtszulage gewährt werden. Kürzungen von Überleitungszulagen oder Ausgleichszulagen, die sich aus den Vorschriften des 2. HStruktG vom 22. Dezember 1981 ergeben (Hinweis auf Abschnitt I Erläuterung 5 der Anlage zu meinem RdErl. v. 9. 3. 1982 – MBl. NW. S. 720 –), sind nicht zu berücksichtigen. Nummer 2.1 Satz 4 gilt entsprechend.

3 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Versorgungsbezüge

- 3.1 Die Nrn. 2.1 bis 2.5 gelten entsprechend für die Berechnung der Versorgungsbezüge.

- 3.2 Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge ein Grundgehalt oder eine Amtszulage nach einer Besoldungsgruppe des früheren Landesbesoldungsrechts zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze und die Amtszulagen um 3,6 v. H. erhöht. Nummer 2.1 Satz 4 gilt entsprechend.

Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegt, wird die Grundvergütung um 3,6 v. H. erhöht.

Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 3,6 v. H. erhöht.

- 3.3 Ausgleichszulagen nach Artikel 13 des Finanzanpassungsgesetzes in der Fassung des Artikels V § 8 des 2. BesVNG bleiben unverändert.

- 3.4 Ausgleichszulagen nach Artikel 1 § 4 des Haushaltstrukturgesetzes und nach Artikel 2 § 2 des 2. Haushaltstrukturgesetzes vermindern sich nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. Ich nehme insoweit auf die Nrn. 2.6 bis 2.8 meines RdErl. v. 9. 2. 1976 (MBI. NW. S. 248) und auf Nr. 3.5 meines RdErl. v. 2. 2. 1982 (MBI. NW. S. 346) Bezug. Beim Zusammentreffen von Ausgleichszulagen nach dem 1. und 2. Haushaltstrukturgesetz sind die Ausgleichszulagen insgesamt um die Hälfte der allgemeinen Erhöhung zu mindern; dabei ist zunächst die frühere Ausgleichszulage aufzuzeihen.

- 3.5 Bei Versorgungsempfängern mit Wohnsitz in Berlin ist der gem. Artikel 1 Nr. 2 Buchst. b des 2. HStruktG übergangsweise weiter zustehende örtliche Sonderzuschlag um ein Drittel zu mindern.

Ist daneben noch eine unter Nr. 3.4 aufgeführte Ausgleichszulage zu mindern, so sind beide Maßnahmen unabhängig voneinander durchzuführen. Für die Verringerung der Ausgleichszulage ist die Hälfte desjenigen Betrages heranzuziehen, um den sich die Versorgungsbezüge ohne die Berücksichtigung der Verminderung des örtlichen Sonderzuschlages erhöhen.

- 3.6 Anpassungszuschläge nach § 71 BeamtVG sind ab 1. August 1982 von den erhöhten ruhegehaltfähigen Dienstbezügen zu berechnen.

- 3.7 Die ab 1. August 1982 maßgebenden Mindestversorgungsbezüge, Mindestunfallversorgungsbezüge und Mindestkürzungsgrenzen nach dem Beamtenversorgungsgesetz ergeben sich aus der Anlage 4.

Anlage 3

4 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen

Die ab 1. Juni 1982 geltenden Anwärterbezüge für die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sowie die Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten ergeben sich aus der Anlage 5.

Nummer 1 gilt entsprechend auch für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten. Die Unterhaltsbeihilfen werden mit Wirkung vom 1. Juni 1982 erhöht. Eine einmalige Zahlung wird – ebenso wie für Anwärter – nicht gewährt.

Der Berechnung der Sonderzuschläge nach § 2 der Verordnung über die Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen an Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vom 20. Februar 1978 (BGBl. I S. 276), geändert durch Verordnung vom 15. Juli 1981 (BGBl. I S. 867), sind die in Betracht kommenden Beträge der Anlage 5 zugrunde zu legen; die Sonderzuschläge nach § 6 der Verordnung bleiben dagegen unverändert.

5 Abschlagszahlungen auf die einmalige Zahlung

5.1 Empfänger von Dienst- und Versorgungsbezügen erhalten Abschläge auf die einmalige Zahlung nach Maßgabe des Abschnitts II des Entwurfs eines BBVAnPG 82 (Anlage 6). Mutterschaftsgeld (§ 5 a Abs. 8 MuSchVB) gehört nicht zu den Dienstbezügen im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzentwurfs. Beamtinnen, die für den gesamten Monat August 1982 Mutterschaftsgeld erhalten, wird deshalb die einmalige Zahlung nicht gewährt.

5.2 Die Ausgleichszulage nach Artikel 2 § 2 des 2. Haushaltstrukturgesetzes ist kein Versorgungsbezug im Sinne des § 7 Abs. 1 des Gesetzentwurfs; Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge infolge Anwendung des § 55 BeamVG voll ruhen und denen demzufolge im Monat August 1982 lediglich eine Ausgleichszulage zusteht, wird die einmalige Zahlung nicht gewährt.

6 Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen/Lebensaltersstufen

Die Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bzw. Lebensaltersstufen der aufsteigenden Grundgehälter der Besoldungsordnungen A, C, R und H (sogenannte Dienstalterszulagen bzw. Lebensalterszulagen) sind als Arbeitshilfe in der Anlage 7 wiedergegeben.

7 Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

5. Bundesbeoboldungsordnung C

Besoldungsgruppe	Ortszuschlags-Tarif-Klasse	Dienstaltersstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 2		2476,32	2654,17	3832,02	3009,87	3187,72	3365,57	3543,42	3721,27	3899,12	4076,97	4254,82	4432,67	4610,52	4788,37	4966,22
C 3	I b	2798,64	3000,00	3201,96	3402,72	3604,08	3805,44	4006,80	4208,16	4409,52	4610,88	4812,24	5013,60	5214,96	5416,32	5617,68
C 4	I a	3624,50	3826,92	4029,34	4231,76	4434,18	4636,60	4839,02	5041,44	5243,86	5446,28	5648,70	5851,12	6053,54	6255,96	6458,38

6. Bundesbeoboldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Ortszuschlags-Tarif-Klasse	Stufe											
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		3199,72	3427,02	3654,32	3881,62	4108,92	4336,22	4563,52	4790,82	5018,12	5245,42		
R 2	I b	3743,71	3971,01	4198,31	4425,61	4652,91	4880,21	5107,51	5334,81	5562,11	5789,41		

I 3	6320,28
I 4	6740,36
I 5	7222,32
I 6	7677,44
I 7	8120,14
I 8	8581,60
I 9	9154,56
I 10	11440,93

5. Bundesbesoldungsordnung H (Hochschullehrer)

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse	Dienstaltersstufe													
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
H 1	2469,56	2581,17	2692,78	2804,39	2916,00	3027,61	3139,22	3250,83	3362,44	3474,05	3585,66	3697,27	3808,88	3920,49	
H 2	2542,07	2686,78	2831,49	2976,20	3120,91	3265,62	3410,33	3555,04	3699,75	3844,46	3989,17	4133,88	4278,59	4423,30	
H 3	2866,29	3025,38	3184,47	3343,56	3502,65	3661,74	3820,83	3979,92	4139,01	4298,10	4457,19	4616,28	4775,37	4934,46	5093,55
H 4	3185,57	3369,58	3533,59	3737,60	3921,61	4105,62	4289,63	4473,64	4657,65	4841,66	5025,67	5209,68	5393,69	5577,70	5761,71
H 5	4061,13	4241,61	4442,09	4642,57	4843,05	5043,53	5244,01	5444,49	5644,97	5845,45	6045,93	6246,41	6446,89	6647,37	6847,85

In den Verbesserungen zur Besoldungsordnung H werden ersetzt:

- a) der bisherige Höchstbetrag für Sondergrundgehalter in der BesGr. H 5
durch 7476,89 DM.
- b) der bisherige Höchstbetrag für Zuschüsse zur Ergänzung des Grundgehalts
durch 1727,54 DM

- Anlage 1 -

Grundgehaltstasche
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbeoldungssordnung A

Beoldungsgruppe	Ortsauschlags-Tarifklasse	Dienstaltersstufe													
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
A 1	961,04	992,86	1024,68	1056,50	1088,32	1120,14	1151,96	1183,78	1215,60						
A 2	1017,95	1049,77	1081,59	1113,41	1145,23	1177,05	1208,87	1240,69	1272,51	1304,33					
A 3	1090,58	1124,19	1157,80	1191,41	1225,02	1258,63	1293,24	1325,85	1359,46	1393,07					
A 4	1131,82	1170,71	1209,60	1248,49	1287,38	1326,27	1365,16	1404,05	1442,94	1481,83					
A 5	1171,61	1215,94	1260,27	1304,60	1348,93	1393,26	1437,59	1481,92	1526,25	1570,58					
A 6	1240,60	1286,55	1332,50	1378,45	1424,40	1470,35	1516,30	1562,25	1608,20	1654,15	1701,21				
A 7	1330,46	1386,41	1432,36	1478,31	1524,26	1570,21	1616,16	1662,11	1709,62	1757,87	1806,12	1856,15	1909,72		
A 8	1403,81	1460,45	1517,09	1573,73	1630,37	1687,51	1746,98	1806,45	1868,99	1935,01	2001,03	2067,05	2133,07		
A 9	1568,51	1626,95	1687,84	1749,21	1811,71	1879,82	1947,93	2016,04	2084,15	2152,26	2220,37	2288,48	2356,59		
A 10	I c	1717,55	1802,17	1886,79	1971,41	2056,03	2140,65	2225,27	2309,89	2394,51	2479,13	2563,75	2648,37	2732,99	
A 11	2001,09	2087,79	2174,49	2261,19	2347,89	2434,59	2521,29	2607,99	2694,69	2781,39	2868,09	2954,79	3041,49	3128,19	
A 12	2179,45	2282,83	2386,21	2489,59	2592,97	2696,35	2799,73	2903,11	3006,49	3109,87	3213,25	3316,63	3420,01	3523,39	
A 13	2469,56	2581,17	2692,78	2804,39	2916,00	3027,61	3139,22	3250,83	3362,44	3474,05	3585,66	3697,27	3808,88	3920,49	
A 14	2542,07	2686,78	2831,49	2976,20	3120,91	3265,62	3410,33	3555,04	3699,75	3844,46	3989,17	4133,88	4278,59	4423,30	
A 15	I b	2866,29	3025,38	3184,47	3343,56	3502,65	3661,74	3820,83	3979,92	4139,01	4298,10	4457,19	4616,28	4775,37	4934,46
A 16	3185,57	3369,58	3553,59	3737,60	3921,61	4105,62	4289,63	4473,64	4657,65	4841,66	5025,67	5209,68	5393,69	5577,70	5761,71

2. Bundesbeoldungssordnung B

Beoldungsgruppe	Ortsauschlags-Tarifklasse
B 1	I b
B 2	
B 3	
B 4	
B 5	
B 6	
B 7	I a
B 8	
B 9	
B 10	
B 11	

Anlage 2

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
Ia	B 3 bis B 11 C 4 und H 5 R 3 bis R 10	778,70	902,92	1009,20	1110,76	1157,90	1247,21	1336,53	1447,78
Ib	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2 H 1 bis H 4	656,90	781,12	887,40	988,96	1036,10	1125,41	1214,73	1325,98
Ic	A 9 bis A 12	583,81	708,03	814,31	915,87	963,01	1052,32	1141,64	1252,89
II	A 1 bis A 8	549,96	668,26	774,54	876,10	923,24	1012,55	1101,87	1213,12

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 111,25 DM

Anlage 31. Bundesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie im Landesbereich gewährt werden

Amtszulage nach	Betrag in DM
FN 1 zur BesGr. A 2	36,09
FN 1 und FN 2 zur BesGr A 3	36,09
FN 1 und FN 2 zur BesGr A 4	36,09
FN 3 zur BesGr A 5	36,09
FN 4 zur BesGr A 9	268,80
FN 7 und FN 8 zur BesGr A 12	156,07
FN 7 zur BesGr A 13	187,27
FN 5 zur BesGr A 14	187,27
FN 7 zur BesGr A 15	187,27
FN 1 und FN 2 zur BesGr R 1	187,27
FN 3, 4, 5, 6 und 10 zur BesGr. R 2	187,27
FN 3 zur BesGr. R 3	187,27
FN 5 zur BesGr. H 3 mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	210,37 323,59
FN 6 zur BesGr. H 3	187,27

2. Landesrechtlich geregelte Amtszulagen

Amtszulage nach / für	Betrag in DM
FN 2 zur BesGr A 14	187,27
FN 1 zur BesGr A 15 mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	210,37 323,59
FN 3 und FN 4 zur BesGr A 15	187,27
Bibliotheksräte (k.w.), Oberschul- lehrer (k.w.) und Staatsarchivräte (k.w.) in BesGr A 13	187,27
Realschulrektoren (k.w.) in BesGr A 14	218,49

Schulrat

187,27

- als hauptamtlicher Geschäftsführer für die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an der Grundschule und Hauptschule in Dortmund, Duisburg, Köln- (k.w.) in BesGr A 14

Studiendirektor

187,27

- als hauptamtlicher Geschäftsführer eines Prüfungsamtes für die Ersten Staatsprüfungen für das Lehramt am Gymnasium oder an beruflichen Schulen-(k.w.) in BesGr A 15

Regierungsmedizinaldirektoren. (k.w.)
in BesGr.A 15

168,55

Anlage 4

Mindestversorgungsbezüge, Mindestkürzungsgrenzen ab 1. August 1982

<u>Stufen des Ortszuschlags</u>	<u>§ 4o Abs. 1 BBesG³⁾</u>		<u>§ 4o Abs. 2 BBesG</u>		<u>§ 4o Abs. 5 BBesG 1 + 1/2 U</u>
	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>1</u>	<u>2</u>	
Grundgehalt (Endstufe A 3)	1393,07	1393,07	1393,07	1393,07	1393,07
Ortszuschlag (Tarifklasse II)	549,96	549,96	668,26	668,26	669,11
Stellenzulage (St.)	40,--	40,--	40,--	40,--	40,--
<u>Örtlicher Sonderzuschlag (Art. 1 Nr. 2 Buchst. b Doppelbuchst. bb 2. HStruktG)</u>	<u>26,90</u>	<u>-</u>	<u>26,90</u>	<u>-</u>	<u>-</u>
Ruhegehaltsfähige Dienstbezüge (RD)	2009,93	1983,03	2128,23	2101,33	2069,08
					2042,18
<u>Mindestversorgungsbezüge</u>					
Ruhegehalt (65 v.H. von RD)	1306,46	1288,97	1383,35	1365,87	1344,91
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 S. 2 BeamtVG)	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>17,30</u>	<u>17,30</u>	<u>8,65</u>
Mindestruhegehalt	1306,46	1288,97	1400,65	1383,17	1353,56
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 S. 4 BeamtVG) (E)	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>
Mindestversorgung d. Ruhestandsbeamten	1351,46	1333,97	1445,65	1428,17	1398,56
Mindestruhegehalt (60 v.H. von MR)	-	-	840,39	829,91	-
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 S. 4 BeamtVG)	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>
Mindestversorgung der Witwe			885,39	874,91	
Mindesthalbwaisengeld (12 v.H. v. MR) ¹⁾	-	-	168,08	165,99	-
Mindestvollwaisengeld (20 v.H. v. MR) ¹⁾	261,30	257,80	280,13	276,64	-
<u>Mindestunfallversorgungsbezüge</u>					
Ruhegehalt (75 v.H. v. RD)	1487,28	1596,18	1576,--	1551,81	1531,64
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 S. 2 BeamtVG)	<u>-</u>	<u>17,30</u>	<u>17,30</u>	<u>8,65</u>	<u>8,65</u>
Mindestunfallruhegehalt (MUR)	1507,45	1487,28	1613,48	1593,30	1560,46
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 S. 4 BeamtVG)	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>	<u>45,--</u>
Mindestunfallversorgung des Ruhestandsbeamten	1552,45	1532,28	1658,48	1638,30	1605,46
					1585,29

	§ 40 Abs. 1 BBessG 1	§ 40 Abs. 2 BBessG 2	§ 40 Abs. 2 BBessG 2	§ 40 Abs. 5 BBessG 1 + 1/2 U
Mindestunfallwitwengeld (60 v.H. v. MUR) ¹⁾	-	-	968,05	955,98
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 S. 4 BeamVG)			<u>45,-</u>	<u>45,-</u>
Mindestunfallversorgung der Witwe			1013,09	1000,98
Mindestunfallwaisengeld (30 v.H. v. MUR) ^{1,2)}	452,24	446,19	484,05	477,99
Mindesthalbwaisengeld (12 v.H. v. MUR) ¹⁾	-	-	193,62	191,20
Mindestvollwaisengeld (20 v.H. v. MUR) ¹⁾	301,49	297,46	322,70	318,66
Unterhaltsbeitrag (40 v.H. v. MUR + E) ¹⁾	620,98	612,92	663,40	655,32
<u>Mindestkürzungsgrenze</u>				
Ruhestandsbeante (125 v.H. von RD ohne St)	2462,42	2428,79	2610,29	2576,67
Witwe (125 v.H. von RD ohne St)	-	-	2610,29	2576,67
Waise (40 v.H. vom Betrag des Ruhestandsbeanten)	984,97	971,52	1044,12	1030,67
Zu den Mindestversorgungsbezügen und Mindestkürzungsgrenzen treten ggf. noch Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamVG, zum Vollwaisengeld ggf. zusätzlich der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamVG. Bei den Mindestkürzungsgrenzen für Waisen ist ein ihnen ggf. zustehender Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 BeamVG in die Anteilsberechnung (40 v.H.) einzubeziehen.				
Die Unterschiedsbeträge nach § 50 betragen:				
für 1 Kind	106,28 DM			
für 2 Kinder	207,84 DM			
für 3 Kinder	254,98 DM			
für 4 Kinder	344,29 DM			Bei mehr als 6 Kindern erhöht sich der Unterschiedsbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 111,25 DM.
für 5 Kinder	433,61 DM			
für 6 Kinder	544,86 DM			

¹⁾ Die §§ 25,42 BeamVG sind zu beachten. Die Erhöhungsbeträge und die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamVG bleiben bei der anteiligen Kürzung außer Betracht.

2) Waisengeld gen. § 39 Abs. 1 Nr. 2 BeamtVG in Höhe von 30 vom Hundert des Unfallruhegehalts kommt bei Kriegsunfallversorgung nicht in Betracht.

3) Ledige und Geschiedene, die die Voraussetzungen des § 40 Abs. 2 Krm. 3 und 4 BBesG und des Artikels 1 § 2 Abs. 2 und 3 HStruktG erfüllen, erhalten die Mindestsätze der Stufe 2.

Erklärung:

MR	= Mindestruhegehalt
MUR	= Mindestunfallruhegehalt
OZ	= Ortszuschlag
RD	= Ruhegehaltsfähige Dienstbezüge
St	= Stellensulage (Vorbem. Nr. 27 BBesG A/B)
U	= Unterschiedsbetrag zwischen Stufe 1 und 2 des OZ
E	= Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4 BeamtVG)

I.

Anlage 5

Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratetenzuschlag
(Monatsbeträge in DM)

1. Für Anwärter, die vor dem 1. Januar 1982 eingestellt worden sind:

Eingangsaamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	826	927	262	87
A 5 bis A 8	990	1130	303	87
A 9 bis A 11	1168	1331	350	87
A 12	1493	1682	383	87
A 13	1548	1739	391	87
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1604	1800	396	87

2. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1981 eingestellt worden sind oder eingestellt werden:

Eingangsaamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	778	876	250	83
A 5 bis A 8	933	1065	287	83
A 9 bis A 11	1037	1191	333	83
A 12	1265	1437	352	83
A 13	1311	1490	365	83
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1356	1543	376	83

II.

Unterhaltsbeihilfen
(Monatsbeträge in DM)

1. Für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten, die vor dem 1. Januar 1982 eingestellt worden sind:

- | | |
|----------------------------|------------|
| a) Verwaltungslehrlinge | 545,-- DM, |
| b) Verwaltungspraktikanten | 642,-- DM. |

2. Für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten, die nach dem 31. Dezember 1981 eingestellt worden sind:

- | | |
|----------------------------|------------|
| a) Verwaltungslehrlinge | 513,-- DM, |
| b) Verwaltungspraktikanten | 570,-- DM. |

Abschnitt II
Einmalige Zahlung

Anlage 6

§ 5

(1) Eine einmalige Zahlung nach § 6 erhalten Empfänger von Dienstbezügen (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes),

1. die am 31. Juli 1982 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienstverhältnis gestanden haben,
2. deren Dienstverhältnis am 1. August 1982 fortbestanden hat und
3. die für mindestens einen Tag im Monat August 1982 Dienstbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend.

§ 6

(1) Die einmalige Zahlung beträgt für Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt 40 Deutsche Mark.

(2) Teilzeitbeschäftigte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt erhalten den Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis der ermäßigen zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

- (3) Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.
- (4) Beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.
- (5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so finden §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.
- (6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 bis 5 sind die Verhältnisse am 1. August 1982.

§ 7

- (1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. August 1982 vorhandenen
1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (§ 3 Abs. 1 bis 5) in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von vierzig Deutsche Mark ergibt,
 2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 3 Abs. 6 in Höhe von 24 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von 14,40 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von 4,80 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von 2,88 Deutsche Mark,
- wenn sie für den Monat August 1982 laufende Versorgungsbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge oder Amtsgehalt zugrunde liegen. Empfänger von Ausgleichsbezügen nach § 11 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten die einmalige Zahlung nach § 6 dieses Gesetzes.

§ 8

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes, § 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

(7) Die einmalige Zahlung bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt.

Hinweise des BMI zur Durchführung der Regelungen
über die einmalige Zahlung

1. Zu § 5:

Empfängern von Dienstbezügen, deren öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis mit Ablauf des 31. Juli 1982 endet, steht die einmalige Zahlung nach §§ 5, 6 zu, wenn am 1. August 1982 ein neues öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis mit Dienstbezügen zu demselben oder einem anderen Dienstherrn begründet wird.

2. Zu § 8:

2.1 Keine einmalige Leistung erhalten Empfänger von Dienstbezügen, die vor dem 31. Juli 1982 als Arbeitnehmer im Geltungsbereich des § 40 Abs. 7 BBesG Anspruch auf eine vergleichbare Leistung hatten (vgl. § 8 Abs. 1 und Abs. 5).

2.2 Die einmalige Zahlung wirkt sich nach § 8 Abs. 7 insbesondere nicht aus

- auf Ausgleichs- und Überleitungszulagen,
- auf den für die Festsetzung der höchsten Dienstwohnungsvergütung maßgebenden Bruttodienstbezug,
- auf die Höhe einer vermögenswirksamen Leistung.

Anlage 7

Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen/Lebensaltersstufen
der aufsteigenden Grundgehälter der Bundesbesoldungsordnungen A, C und R
sowie der Besoldungsordnung H (Dienstalterszulagen/Lebensalterszulagen)

Unterschiedsbeträge

in Besoldungsgruppe	von Dienstaltersstufe	bis Dienstaltersstufe	DM je Stufe
A 1	1	9	31,82
A 2	1	10	31,82
A 3	1	10	33,61
A 4	1	10	38,89
A 5	1	10	44,33
A 6	1	10	45,95
A 7	1	8	47,06
	10	11	45,95
	9	11	47,51
	11	12	48,25
	12	13	50,03
	11	12	53,57
A 8	1	5	56,64
	5	6	57,14
	6	8	59,47
	8	9	62,54
	9	13	66,02
H 5			

Unterschiedsbeträge

in Besoldungsgruppe	von Dienstaltersstufe	bis Dienstaltersstufe	DM je Stufe
A 9	1	2	58,44
	2	3	60,89
	3	4	61,37
	4	5	62,50
	5	13	68,11
	1	13	84,62
A 10	1	14	86,70
A 11	1	14	103,38
A 12	1	14	111,61
A 13/H 1	1	14	144,71
A 14/H 2	1	15	159,09
A 15/H 3	1	15	184,01
A 16/H 4	1	15	
C 2	1	15	177,85
C 3	1	15	201,36
C 4	1	15	202,42
R 1	1	10	227,30
R 2	1	10	227,30
H 5	1	15	200,48

Einzelpreis dieser Nummer 5,70

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (02 11) 68 88/2 38 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 70,80 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 141,60 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Tel. (02 11) 68 88/2 41/2 93/2 94, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0341-194 X